

Antrag

öffentlich

Datum

18.03.2011

Nummer

A0043/11

Absender

DIE LINKE Fraktion

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

31.03.2011

Kurztitel

Beitritt der LH Magdeburg zum "Bündnis für eine soziale Stadt"

Der Stadtrat möge beschließen:

1.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt den Beitritt der Landeshauptstadt Magdeburg zum „BÜNDNIS FÜR EINE SOZIALE STADT“.

2.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt ausdrücklich den Appell des Deutschen Städtetages an den Bund vom 10. Februar 2011 (Anlage).

3.

Der Oberbürgermeister wird gebeten unverzüglich die für eine Mitgliedschaft erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.

Auf Grund der Faktenlage und der bereits erfolgten Erörterung zur Beratung des Stadthaushaltes 2011 wird ein Verweis in die Ausschüsse nicht erforderlich. Es wird um direkte Abstimmung gebeten.

Begründung:

Wesentliches Ziel des vom Deutschen Städtetag mit Gründungsauftrag vom 13.01.2011 initiierten Bündnisses, dem sich bisher bundesweit zahlreiche Städte, Verbände, Interessengemeinschaften und Akteure angeschlossen haben ist es, das Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 2012 und ggf. darüber hinaus mindestens auf dem Niveau von 2010 zu fördern und damit die Sicherung der sozialen Stabilität in unseren Städten zu gewährleisten. In seiner Pressemitteilung vom 10. Februar 2011 hat der Deutsche Städtetag den Bund aufgerufen „die Mittel für die Städtebauförderung im Jahr 2012 nach Kürzungen im Bundeshaushalt 2011 mindestens wieder auf das Niveau des Jahres 2010 – also auf insgesamt 610 Millionen Euro zu erhöhen.“

Weitgehend übereinstimmend haben die Fraktionen des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg hierzu bereits im Dezember 2010 zur Debatte über den Haushalt 2011 und für die Zeit darüber hinaus festgestellt, dass die vom Bund beschlossene radikale Kürzung des Programms „Soziale Stadt“ – dessen wichtigstes Kernanliegen die Verknüpfung baulich-investiver und sozialer Maßnahmen ist – das faktische Aus für die soziale Komponente des Programms bedeutet.

Durch die Verknüpfung baulich-investiver und sozialer Maßnahmen war diese Form der Städtebauförderung bisher eines der wichtigsten kommunalen Instrumente für die Bewältigung des demografischen Wandels, des energetischen Stadtumbaus und für die Sicherung der sozialen Stabilität in den Städten.

Die vom Bund vorgesehenen Kürzungen des Programms führen zu unabsehbaren, negativen Folgen für die Städte und deren Bürgerinnen und Bürger.

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender

10. Februar 2011

**Deutscher Städtetag appelliert an den Bund:
„Erfolgreiche Programme für sozialen Zusammenhalt
stärken – 2012 Städtebauförderung erhöhen“**

Der Deutsche Städtetag hat den Bund aufgerufen, die Mittel für die Städtebauförderung im Jahr 2012 nach den Kürzungen im Bundeshaushalt 2011 mindestens wieder auf das Niveau des Jahres 2010 – also auf insgesamt 610 Millionen Euro – zu erhöhen. **„Die Städtebauförderung hat eine enorme Bedeutung für die Bewältigung des demografischen Wandels, für den dringend erforderlichen energetischen Stadtumbau und für die Sicherung der sozialen Stabilität in den Städten. Sie sollte deshalb gestärkt und nicht gekürzt werden“**, betonte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, heute im Anschluss an Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes in Neuss. Die Städtebauförderung wieder zu erhöhen, sei auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da jeder eingesetzte Euro aus öffentlichen Mitteln ein Vielfaches an privaten Investitionen auslöse.

Ude sagte, gerade angesichts der anhaltenden Diskussion über Wege zu einer gelungenen Integration von Migranten oder über eine wachsende soziale Kluft in der Gesellschaft sei es dringend geboten, erfolgreiche Initiativen wie das Programm „Soziale Stadt“ auch künftig mit den erforderlichen Mitteln auszustatten. Die Bundesmittel für dieses Programm waren zum Jahr 2011 von 95 auf 28 Millionen Euro reduziert worden.

Neben einer Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung von derzeit 455 Millionen Euro mindestens auf das Niveau des Jahres 2010 bezeichnete

Ude es als unverzichtbar, dass die Städtebauförderung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ sowohl für baulich-investive als auch für investitionsbegleitende Maßnahmen verwendet werden darf. Die Möglichkeit, Bauinvestitionen und soziale Projekte miteinander zu verknüpfen und so eine integrierte Stadtentwicklung voranzutreiben, ist seit dem Jahr 2011 nicht mehr gegeben.

„Gerade in der Bündelung von Sachinvestitionen und sozialen Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Integration oder lokale Arbeitsmarktpolitik liegt aus Sicht der Städte das große Erfolgsrezept des Programms Soziale Stadt“, betonte Ude. Das habe auch der Wettbewerb „Soziale Stadt 2010“ deutlich gemacht, für den 178 Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet eingereicht worden sind. Ude begrüßte das von den Trägern des Wettbewerbes „Soziale Stadt“ gegründete „Bündnis für eine Soziale Stadt“, in dem sich zahlreiche Verbände und Institutionen für eine Stärkung der Städtebauförderung einsetzen.